Dresden 1883.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Nummer 10 Pfge. Auflage 38000 Exempl.

Für die Richtigkeit eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux d. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Mich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Stellner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

28. Jahrgang

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Die Redaktion nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandte die Zeile 30 Pf.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen werden nur gegen **Pränumerando-Zahlung** durch Briefmarken oder Einsendung. Alte Zeitungen kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Maskengarderobe ersten Ranges
von
Frau Mathilde Klemich,
Seestrasse, im Hause des Panopticums,
empfiehlt ihr grosses Lager **historischer** und **Phantasie-Costüme** für Herren, Damen und Kinder.
Preiscourant für auswärts steht franco zur Verfügung.

Ball-
Strümpfe, Socken, Capotten, Kopf- und Taillen-Tücher, Fichus, Unterhandschuhe empfiehlt **Georg Arnecke,** 5 Wilsdruffer Strasse 5.

Hochfeine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 3.
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Tapisserie-Manufactur. Altmarkt. **C. Hesse** Altmarkt. **Neuheiten.**
Grösstes Lager am Platze. Königlicher Hoflieferant. Billigste, feste Preise.

Nr. 26. Witterung vom 25. Januar: Barometer vom Thiers Höhe, Meeresfläche 10 Meter, 758 Mill., sei gestern 1 Mill. gefallen. Thermometer, 1 m. Reaumur: früh 2°R., mittl. Temp. 0½°R., höchste Temp. 1°R., tiefste 3°R. Regen. Aussichten für den 26. Januar: Südost, frisch, zunehmende Bewölkung, keine oder geringe Niederschläge, Temperatur etwas wärmer. **Freitag, 26. Januar.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Theren in Dresden.

Auf genau 412 ist jetzt die Zahl der mit und auf der „Cimbria" Untergegangenen festgesetzt worden. Bleibt diese Ziffer auch um über 50 hinter der zuerst als ertrunken Angegebenen zurück, so ist sie immer noch so grauenhaft groß, um die Fortdauer der Aufregung über die Katastrophe zu erklären. Welche enorme Anstrengung lassen es sich die Stationen zur Rettung Schiffbrüchiger kosten, um beim Sturme aus einem gestrandeten Ewer oder Kutter die Mannschaft, meist nur 5—9 Köpfe zählend, zu retten! Wie freut man sich, wenn unerschrockene Menschenliebe dem Wellengrabe ein halbes Dutzend Leben abgerungen hat! Und hier läßt brutaler Egoismus mehr als 400 Menschenbrüder elend in den Meereswogen untergehen! Die Aussagen des englischen Kapitän Curttill vom „Sultan", der natürlich Alles thut, um sich von jeder Schuld zu befreien, sind schon im Voraus durch die Berichte der von der „Cimbria" Geretteten widerlegt. Seine Aussagen sind schon dadurch von Haus aus verdächtig, daß er seiner Mannschaft verboten hat, Erklärungen (im Seemann's-Deutsch „Verklarung" genannt) abzugeben. Dieses System ist aber vor dem deutschen Seeamt zu Hamburg, welches den Fall amtlich zu untersuchen hat, nicht zu halten. Auch Das, was man der Hamburg-Amerikanischen Packetschifffahrts-Gesellschaft wegen ihres Verhaltens nach dem Unglücksfalle vorwirft, ballt sich immer mehr zu einer Anklage zusammen, unter deren Last die Gesellschaft noch lange schwer zu leiden haben wird. Eine generelle Beschwerde richtet sich gegen die Mangelhaftigkeit des Benachrichtigungsdienstes, der geradezu hilflos genannt werden muß. Eine Lehre wird jedoch die Oceandampfer-Schifffahrt aus dem Untergange der „Cimbria" ziehen: die Nothwendigkeit der Verwendung des elektrischen Lichtes auf den Schiffen. Unsere deutsche Kriegsmarine ist darin bereits mit gutem Beispiele vorangegangen. Nachts und beim Eintritt nebeliger Witterung erstrahlt von den deutschen Kriegsschiffen elektrisches Rundbogenlicht. Man hatte bereits vor Jahren mit elektrischem Lichte auf einzelnen Leuchthürmen Versuche angestellt. Als aber die Seefahrer erklärten, die Stärke dieses Lichtes verwirre und erschwere ihre Berechnungen, ließ man den Gedanken, dasselbe in ausgedehntem Maße zur Küstenbeleuchtung zu verwenden, wieder fallen. Etwas Anderes aber ist es, wenn man es auf offener See anwendet. Hier beleuchtet es die nächste Umgebung eines Dampfers in genügend großer Entfernung, als zur Vermeidung eines Anpralles erforderlich ist. Das Dreieck von Signal-Lämpchen, welches nach jetziger Uebung auf Dampfern zur Nachtzeit angebracht ist, genügt eben durchaus nicht zur Fahrsicherheit. Diese drei Lämpchen gleichen vorüberfliegenden Johanneskäfern, während die massive Leuchtkraft des elektrischen Stromes den Nebel weithin durchbricht. Man sollte von rechts- und von reichswegen allen Oceandampfern die sofortige Anbringung und Verwendung elektrischer Beleuchtung befehlen. Eine große Ausgabe erwächst den Dampfer-Eigenthümern dadurch keinesweges; sie haben ja die zur Erzeugung des elektrischen Lichtes erforderlichen Dampfmaschinen bereits an Bord, welche dieses Licht als Nebenprodukt fast kostenlos herstellen. Uebrigens, was kommen solche Regiekosten in Frage, wenn man damit das Leben vieler Tausender, die Jahr aus, Jahr ein die Meere kreuzen, vor dem grausen Wellengrabe sichert?

Das bedeutsamste Ereigniß vom deutschen Reichstage ist die Gewißheit, daß der Antrag auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher ins Wasser fällt. Die Antragsteller geben sich darüber keinen Täuschungen hin. Der Widerwille gegen diese Legitimationen war innerhalb der Arbeiter so groß geworden, daß man sich fragen mußte, ob der erwartete Nutzen dieser Einrichtung in richtigem Verhältnisse zu dem Schaden stünde, den die Aufregung der Arbeiter hierüber erzeuge? Zahlreiche Arbeiter reden sich nun einmal (nach unserer Meinung völlig ohne Grund) ein, diese Arbeitsbücher seien eine Herabwürdigung ihrer Person, eine Kränkung ihrer Berufsehre. Hervorragende Konservative, wie Hofprediger Dr. Stöcker, haben aus ihrer ununterbrochenen Berührung mit den arbeitenden Klassen die Gewißheit geschöpft, daß jene Legitimationsbücher die Arbeiter verschlossen mache gegen die soziale Reformarbeit überhaupt. Daher läßt man verständiger Weise die Einführung der Arbeitsbücher fallen. Wenn das Krankenkassengesetz in Kraft, die Unfallversicherung geregelt ist, dann versteht es sich ganz von selbst, daß jeder Arbeiter einen Nachweis darüber besitzen muß, daß er zu einer derartigen Hilfs- und Unterstützungskasse obligatorisch gehört. Dann bedarf es auch keiner besonderen Arbeitsbücher mehr.

In Frankreich ist wieder einmal, sowohl in der Regierung wie im Parlamente, Alles außer Rand und Band. Mit Mühe einigten sich die Minister über die Vorlagen, die sie betreffs der Kronbewerber-Prinzen an die Kammer bringen sollten. Nun können sie sich aber wieder nicht über die Erklärungen verständigen, mit denen sie diese Vorlagen zu vertheidigen haben. Bald reicht die eine Gruppe von Ministern, bald die andere ihre Entlassung ein und nimmt sie wieder zurück. Tritt am Sonnabend, als an welchem Tage das Plenum der Deputirtenkammer über die Vorlagen der Regierung zu Gericht sitzt, überhaupt noch ein vollständiges Ministerium vor die Volksvertretung, so ist es ein so zerspaltenes und gebrechliches, daß ein Luftzug genügt, es zu Boden zu werfen. Die Gesetzvorschläge des Ministeriums Duclerc sind die reinen „Angstvorlagen", welcher Spitzname ihnen auch schon angeklebt ist. Man sehe nur die beantragte Einschränkung des Preßgesetzes an! Hier hat der berüchtigte deutsche „Haß- und Verachtungsparagraph" Pathe gestanden. Nicht nur soll den Geschworenen eine ganze Reihe von Preßvergehen entzogen und den Zuchtpolizeigerichten überwiesen werden; man bereichert auch das Strafgesetzbuch mit zwei in Frankreich nagelneuen Verbrechen. Die „Beschimpfung der Regierung der Republik", sowie die Wegnahme oder Beschädigung „öffentlicher Autoritätszeichen der republikanischen Regierung", verübt „in Haß oder Verachtung dieser Autorität", soll hart bestraft werden, ebenso der Verstrich von Zeichen und Symbolen, „die geeignet sind, den Geist der Rebellion zu verbreiten". Die Regierung identifizirt sich überall mit der Republik, also mit dem Staate selbst, sie will jede „Beschimpfung" ihrer Autorität bestraft wissen und operirt dabei mit lauter höchst dehnbaren Begriffen, wie „Haß", „Verachtung", „geeignet" und „Geist der Rebellion". Und was ist Beschimpfung? Hat die Regierung gefügige Richter, und an solchen würde es bei den Zuchtpolizeigerichten nicht fehlen, so kann aus jedem scharfen Tadel eine „Beschimpfung der Regierung" herausgelesen werden. Dieser Theil der Regierungs-Anträge hat also lediglich den Zweck, die gegebene Gelegenheit zu benutzen und das Ministerium Duclerc gegen alle Angriffe sicher zu stellen. Rochefort gießt über diesen Vorschlag einen ganzen Kübel seiner ätzenden Lauge aus, indem er also lospettert:

„Deswegen, weil Herr Jerome Napoleon ein Plakat anschlagen läßt, in welchem selbst die verzwicktesten Untersuchungsrichter kein Vergehen entdecken können, einen Gesetzentwurf gegen die Presse einbringen, welcher dieselbe unterdrückt, das ist seitens des Kabinets ein so plumper Kunstgriff, daß man sich frägt, ob das Manifest nicht ein falsches Manifest ist und ob der Gefangene in der Conciergerie nicht ein falscher Jerome ist, der, wie seinerzeit der Schauspieler Gobert, so und so viel täglich bekommt, um einen Napoleon zu spielen. . . . . Monarchisten und Republikaner werden dieses Gesetz verwerfen, denn jeder wird glauben, daß man es gegen ihn anwenden will. Niemals noch hat ein Ministerium, ausgenommen das „große", dessen Chef Gambetta man soeben beerdigt hat, sich so viele Mühe gegeben, eine Mehrheit gegen sich zu vereinigen. Vielleicht haben Duclerc und Devès, indem sie das prachtvolle Leichenbegängniß Gambettas sahen, der unter einem fast einmüthigen Votum gefallen war, geglaubt, daß, wenn sie unter denselben Verhältnissen gestürzt werden, sie ein ebenso schönes Leichenbegängniß bekommen. Es ist wahrscheinlich, daß sie sich täuschen. Indeß — sie sollen nur zuerst sterben; wir werden es uns nachher überlegen."

Es gilt als höchst wahrscheinlich, daß die Regierung keinen einzigen ihrer Vorschläge durchbringt, und man beschränkt sich vermuthlich darauf, die Prinzen von Orleans aus den militärischen Würden zu entfernen, die sie in nicht regulärer Weise früher erhalten haben. Die Aufregung in Frankreich wird noch gesteigert durch das fortwährende Entdecken neuer „Verschwörungen". Mit Verächtlichkeit thut die „Union", das Organ des Grafen Chambord, diese Konspirations-Gerüchte ab, indem es schreibt:

„Die Feigheit ist eine schlechte Rathgeberin, die Willkür-Maßregeln werden die Furcht der Regierung einen Augenblick lang beruhigen, aber ihr schmachvolles Dasein um keinen Tag verlängern. Wenn es eine Verschwörung giebt, so ist es nicht die, von welcher die Zeitungen erzählen; es ist die aller ehrlichen Leute, welche der Chikanen und Beschimpfungen der Verwaltung und der Dummheiten der Kammern und der Regierung satt sind; es ist das ermüdete, gedemüthigte und angeekelte Frankreich. Die Drohungen der Minister werden sie nicht einschüchtern; diese Konspiration wird erst entwaffnet an dem Tage, wo die Republik verschwunden sein wird, und unsere Ehre ist es, ihr ein Ziel und eine Leitung zu geben."

So verbreitet aber ist die Beunruhigung bereits in Frankreich, daß das Kapital anfängt, sich aus diesem von den Revolutionären unterwühlten Lande zurückzuziehen und nach England zu retten. Während die französische Staatsrente ununterbrochen im Kurse sinkt, steigt der Kurs der englischen Staatspapiere (Konsols).

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 25. Jan.

Berlin. Zu Ehren der Silberhochzeit des Kronprinzen war die Stadt beflaggt. Vormittags 10 Uhr brachten das Kaiserpaar, Mittags die fürstlichen Gäste ihre Glückwünsche dar. Das Kaiserpaar schenkte dem Jubelpaar ein kostbares silbernes Theeservice, die Königin von England eine Marmorsäule der Königin auf kostbarem Sockel. Das kronprinzliche Palais war mit Blumen reich geschmückt. Unter den dem Kronprinzenpaare heute zugegangenen Glückwunsch-Adressen befindet sich auch eine vom Breslauer Fürstbischof Namens des preußischen Episkopats übersendete.

Berlin. Reichstag. Präs. v. Levetzow theilt mit, daß infolge des bedauerlichen Verlustes, den unser Kaiserhaus erlitten die Darbringung der Glückwünsche des Reichstags zu der Feier der silbernen Hochzeit des Kronprinzenpaares durch das Präsidium unterbleiben müsse. Umsomehr glaube er den Wünschen des Hauses entgegenzukommen, wenn er die Herren ersuche, sich von ihren Plätzen zu erheben. Es geschieht dies einmüthig. Ferner macht der Präsident Mittheilung über weitere an das Präsidium gelangte Gaben aus Nordamerika für die rheinischen Wasserkatastrophen. — Dr. Schulze-Delitzsch begründet die von ihm eingebrachte Interpellation wegen Einführung strenger Maßregeln im internen Nebverkehr. — Bundeskommissar Wennmann antwortet, daß der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Ausführung der internationalen Reblaubkonvention, ausgearbeitet sei und voraussichtlich noch innerhalb dieser Session zur Vorlegung gelangen werde. Derselbe enthalte auch Vorschriften in Bezug auf Beschränkung des Nebverkehrs im Inlande. — Dann wird die Etatsberathung fortgesetzt. Beim Etat des Reichs-Eisenbahn-Amtes stellt Abg. v. Göler die Bitte, den niederen Eisenbahnbeamten in ihrem Interesse sowohl, als auch im Interesse der Sicherheit des reisenden Publikums, das Recht auf den freien Sonntag nicht durch Vergnügungs-Extrazüge zu verkümmern. An den Sonntagen würden durch die Extrazüge an die niederen Eisenbahnbeamten weit höhere Anforderungen gestellt, als an übrigen Tagen, während es doch umgekehrt sein sollte. Dadurch würden die Kräfte der Beamten abgenützt, sie erschlafften und so ereigneten sich so beklagenswerthe Unfälle. Durch diese Extrazüge würde nur der Genußsucht Vorschub geleistet. Das Vergnügen solcher Extrafahrten sei übrigens trotz der ermäßigten Fahrpreise gar kein billiges. Ferner bespricht Redner die bestehende deutsche Tarifgesetzgebung, welche die deutsche Produktion, besonders die landwirthschaftliche, auf das tiefste schädige und die wohlthätigen Wirkungen des Zolltarifes aufhebe. Durch die Tarifpolitik würden Einfuhrprämien gewährt. Die Einfuhr landwirthschaftlicher Produkte betrage ca. 10 Proc., welche die deutsche Landwirthschaft sehr wohl nachholen könnte; aber angesichts der enormen Transportkosten von Bayern, Sachsen 2c. nach den Seehäfen lohne es sich für den deutschen Landwirth nicht, seine Produktion zu erhöhen. Gute Ernten nützen dem deutschen Landmann nichts mehr, denn seine Lage sei bei guten Ernten ebenso ungünstig als bei schlechten. Er verweist auf Amerika, wo die landwirthschaftliche Produktion auch durch die Tarife geschützt sei. (Beifall rechts.) — Direktor im Reichseisenbahnamt Körte: Die Frage der Extrazüge unterliege nicht der Cognition des Reichseisenbahnamts, sondern lediglich der Zuständigkeit der einzelnen Eisenbahn-Verwaltungen, welche den Wünschen des Publikums Rechnung tragen. Der Vorredner müsse sich daher an die Landesregierungen wenden. Eine einheitliche Regelung der Dienstzeit der Beamten sei mit Rücksicht auf die verschiedenen Lokalinteressen nicht möglich; doch seien allgemeine Gesichtspunkte im Interesse der Sicherheit des Verkehrs, wie der religiösen Bedürfnisse der Beamten aufgestellt. Seit Jahren sei nicht die geringste Klage über Ueberbürdung der Eisenbahnbeamten an das Reichseisenbahnamt gelangt. Bei den Eisenbahnunfällen vom 29./30. Mai und 3. September v. J. sei keine Ueberbürdung in Frage gekommen. Was die Tariffrage betreffe, so sei seiner Zeit vom Bundesrath der Grundsatz aufgestellt worden, daß fortan Differential-Frachtsätze im internationalen Verkehr nicht mehr bewilligt werden, wenn dadurch die Interessen der deutschen Produktion geschädigt werden. — Gerwig: Wenn aus den Worten v. Golmer's entnommen werden könnte, daß seitens der badischen Staatsbahnverwaltung in Etwas gesündigt worden, so müsse er dem entschieden widersprechen. Eine Ueberbürdung finde nicht statt und eine solche habe namentlich an dem vorjährigen Hugstetter Eisenbahn-Unglück keine Schuld. — Reichenperger will, daß sich die Leute Sonntags vergnügen, aber nicht auf Kosten Anderer. — Riethammer wünscht den Wegfall des Massengüterverkehrs an Sonntagen. — Schrader: Der Nothstand treffe nur den Großgrundbesitz und habe ganz andere Ursachen. — Minnigerode konstatirt, daß der Klein- und Großgrundbesitz identische Interessen haben und gemeinsam leiden. — Büchtemann: Die agrarische Tarifpolitik schädige die Eisenbahnen, ohne der Land-Wirthschaft zu nützen. — Kayser protestirt dagegen, daß man immer gerade den ärmsten und kleinsten Arbeiter oder Beamten zum Sündenbock für Unglücksfälle mache. Die Leute seien überbürdet; sie hätten die größte Verantwortung zu tragen und würden am schlechtesten bezahlt. Er verlange, daß das Reichseisenbahnamt darüber wache, daß nicht so ramponirtes Wagenmaterial verwendet und die Beamten nicht übermäßig abgenutzt würden. — Mit Rücksicht auf die durch die Statistik verursachten Mehrarbeiten wird die Neuanstellung eines Sekretärs und eines Kanzleisekretärs beim Reichseisenbahnamte, sowie eine Erhöhung der Remuneration der Kanzleigehilfen beantragt. Der Sekretär wird genehmigt, die übrigen Mehrforderungen aber werden abgelehnt. Der Etat der Reichsschuld wird debattelos angenommen. Im Etat des Rechnungshofes werden 12,000 Mk. für einen zweiten Director gefordert. Die Mehrforderung beträgt aber nur 2400 Mk., da an Stelle des 2. Directors ein vortragender Rath in Wegfall kommt. — Richter beantragt Ablehnung des 2. Directors. — Bundeskommissar Achenbach verweist u. A. darauf, daß der Doppeletat mehr Arbeit mache. — v. Minnigerode: Die Fortschrittspartei wolle die Angelegenheit zu einer Machtfrage gegenüber der Regierung machen. — Lasker bestreitet dies. Der Linken gefalle aber allerdings der ganze Rechnungshof nicht und sie wünsche eine organische Umgestaltung, nicht aber solche theilweise Aenderungen. — Die Etats des Allgemeinen Pensionsfonds, sowie des Reichs-Invalidenfonds werden auf Antrag Rickert's an die Budgetkommission verwiesen. Die Etats der Reichsstempelabgaben und der Reichsdruckerei werden ohne Diskussion erledigt. Nächste Sitzung: morgen. (Interpellation von Schalscha. Etat.)

Wien. Der Kaiser empfing Giers in einer Privataudienz.

Trautenau. Die gegen die im Riesengebirge ihr Wesen treibenden Spiritisten anhängig gemachte strafgerichtliche Untersuchung ist, wie das hiesige „Wochenblatt" meldet, von dem Staatsanwalt in Gitschin mangels Thatbestandes eingestellt worden.

Paris. Kammer. Die Kommission nahm mit 6 gegen 4 Stimmen einen Antrag an, welcher allen Mitgliedern französischer Herrscherfamilien den Aufenthalt in Frankreich untersagt, dieselben aller politischen Rechte beraubt, sie für unwählbar erklärt und auch hindert der Armee anzugehören, Zuwiderhandelnde vor die Zuchtpolizei oder Gerichte verweist, um zu ein- bis fünfjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt und nach Verbüßung der Strafe über die Grenze verwiesen zu werden. Proust fragte in der Kommission an, warum die Regierung den Prinzen Napoleon nicht ausgewiesen habe. Der Minister des Innern erwidert, die Ausweisung veranlasse nach dem Dekret von 1872 juristische Schwierigkeiten. Proust fragt weiter, ob die Regierung die ihr zu gewährenden Rechte brauchen werde. Der Minister des Innern antwortet, daß das Kabinet darüber zu berathen habe, es existire keinerlei Gefahr für die Republik. Kein Komplot sei bei dem in der Bevölkerung herrschenden Geiste zu befürchten.

Die **Berliner Börse** verlief und schloß mit fester Tendenz. Für internationale Werthe ließ sie im Verlaufe der Geschäfte etwas nach. Von Lokalwerthen waren Eisenbahnen sehr belebt, meist steigend, von Austrobahnen Galizier und Dux-Bodenbacher animirt, Banken fest, belebter. In Bergwerken gegen Schluß reger Verkehr, Industrien still, rumänische amortisable Rente gefragt.

Frankfurt a. M., 25. Jan., Abends. Credit 245¾, Staatsbahn 270¼, Lombarden 118¼, 6er Loose —, Lit. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 208¾, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente —, 1877 Russen —, 1880 Russen —, 3. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 5. Orientanleihe —, Ungarische Papierrente —, Disconto —, Gelsenkirchen 70,81, Gotthardbahn 100,25. Feb.

Wien, 25. Januar, Abends. Credit 270,90, Staatsb. 338,90, Lombarden 132,90, Rudolfsbahn 99,10, Marknoten 56,75, Ung. Credit 273,00, Galizier —.

Paris, 25. Januar (Schluß.) Rente 77,55, Anleihe 114,15, Italiener 95,90, Staatsbahn 680,00, Lombarden 283,75, do. Prioritäten 279, Spanier 103, Oesterr. Goldrente 81½, Schwach.

Paris (Produkten), 25. Januar, (Schluß.) Weizen Januar 26,00, März-Mai 26,40, feit, Spiritus Januar 50,50, Mai-August 53,00, feit, Rüböl Januar 85,50, Mai-August 86,50, feit.

Amsterdam (Produkten), 25. Januar. (Schluß.) Weizen März 272, Mai —, Roggen März 170, Mai 169.

Lokales und Sächsisches.

— Der Stadtarmenpfleger Friedrich Wagner zu Frankenberg (80 Jahre alt) erhielt das Albrechtskreuz.

— Vom Reichspostamte sind die Postanstalten angewiesen worden, von jetzt ab auch Trauerartikel (Kränze 2c.) gegen eine besondere Gebühr von 1 M. als dringliche Sendungen anzunehmen und mit den sich darbietenden schnellsten Postgelegenheiten zu befördern. Die Sendungen müssen äußerlich durch einen farbigen Zettel mit der Bezeichnung „Dringend, Eilige Waarensendung" versehen sein.

— Der Bau einer amerikanischen Kirche hierselbst ist nunmehr beschlossene Sache; sie wird beim Bergkeller, oberhalb der russischen Kirche, errichtet, soll indessen, so viel wir hören, nur einfaches Gebäude werden, ohne Thurm u. dergl. Die Vorarbeiten zu diesem Bau, der Herrn Baumeister Mirus übergeben wurde, sind bereits im Gange.

— Der Protest, den die Wähler des 7. sächsischen Wahlkreises (Meißen-Großenhain) an den Reichstagsabgeordneten Kämpffer gesandt haben, hat folgenden Wortlaut: „Ganz Deutschland und auch Mancher von uns, den Unterzeichneten, sendete 1870 seine Söhne nach Frankreich zur Vertheidigung deutschen Rechtes und deutscher Ehre. Mit dem Blute unserer Söhne wurden die uns früher schimpflicher Weise abgenommenen Reichslande, deren Besitz uns zur Sicherung gegen neue Ueberfälle nothwendig ist, zurückerobert und — Sie stimmen für den Antrag der Partei, welche der deutschen Regierung in aller erdenklichen Weise Schwierigkeiten zu machen und die Thüre zu öffnen versucht, durch welche die Provinzen endlich wieder an Frankreich kommen. Wir empfinden das geradezu